

Revolutionäre Realpolitik und Alternativen zur Krise des Kapitalismus

Zum Projekt einer bundesweiten Bündnisdemo und Mobilisierung im Frühjahr 2009

Diskussionsvorlage der Gruppe soziale Kämpfe

Ende des Neoliberalismus? Neuorientierung der Linken!

Verständigungsprozesse über linke, kapitalismuskritische Strategien finden in einer historischen Umbruchsituation statt, deren Ausmaße noch nicht völlig absehbar sind. Die Bedingungen für linke Politik verändern sich: Neoliberale Positionen sind in die Defensive geraten, der Staat wird als Retter des Kapitalismus inszeniert, Banken verstaatlicht und Konjunkturprogramme aufgelegt. Gleichzeitig gibt es kaum Anzeichen dafür, dass sich die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse so verschieben, dass gesellschaftlicher Reichtum ‚nach unten‘ umverteilt wird. Am Kapitalismus soll erst recht nicht gerüttelt werden. Der neoliberale Kapitalismus als Wirtschaftssystem verliert jedoch rapide an Vertrauen und Zustimmung, zudem nimmt die Offenheit in den Köpfen gegenüber Alternativen zum Kapitalismus zu.

Bislang kann die Linke jedoch die Situation nicht für sich nutzen: viele linke Reaktionen beschränken sich auf konstruktive Vorschläge zu staatlichen Krisenprogrammen im Sinne eines ‚das geht auch besser und sozialer‘. Linke Perspektiven müssen sich in dieser Situation aber daran messen lassen, ob sie dazu beitragen können, gesellschaftliche Gegen-Macht zu den bevorstehenden Versuchen die Krisenfolgen vom Kapital auf die Mehrheit der Menschen abzuwälzen zu organisieren, Abwehrkämpfe zu verbinden und in einer Legitimationskrise des Kapitalismus mit kapitalismuskritischen Perspektiven in die Offensive zu kommen. Dafür sind breite und mobilisierungsfähige Bündnisse und die Zuspitzung auf mobilisierende Forderungen erforderlich. Um die Kräfteverhältnisse wirklich zu verändern und linke Alternativen in der Krise zu stärken ist eine spektrenübergreifende, außerparlamentarische Mobilisierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen nötig. Dafür kann eine bundesweite Demo im Frühjahr 2009 ein wichtiger Schritt sein. Im Sinne einer ‚revolutionären Realpolitik‘ (Rosa Luxemburg) wollen wir konkrete, mobilisierungsfähige Forderungen mit grundsätzlicher Kapitalismuskritik und der Thematisierung von Alternativen zum Kapitalismus gleichrangig verbinden.

Die aktuelle Situation bedeutet weder das Ende des Kapitalismus noch den Anfang einer Alternative. Aber aus dem Ende der Hegemonie des Neoliberalismus und der Vertrauenskrise des Kapitalismus können sich für die Linke neue Handlungsspielräume ergeben. Die Herrschenden versuchen eine tiefgreifende Legitimationskrise des

Kapitalismus zu verhindern, statt ‚Markt pur‘ wird die soziale Marktwirtschaft beschworen. Während Sarkozy eine „Neugründung der Kapitalismus“ fordert, kann hier unsere Intervention für eine Neugründung globaler Solidarität und die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus ansetzen. Welche Deutungen der Krise sich durchsetzen können entscheidet mit über politische Perspektiven: Gegen die verbreiteten Erklärungsmuster von ‚Managementversagen‘ und Politikversagen ist die Krisenhaftigkeit des globalen Kapitalismus zu betonen. Gegen die unsinnige Gegenüberstellung von Real- und Finanzwirtschaft der Zusammenhang von Kapitalmehrung durch Enteignung, (global) erhöhter Ausbeutung und der Stärkung des Finanzkapitals. Statt Markt und Staat gegenüberzustellen, muss die Rolle des (neoliberalen) Staates bei der Durchsetzung und (De-)Regulierung des globalisierten Kapitalismus deutlich gemacht werden. Es gilt einen offensiven Einsatz in den Auseinandersetzung um die Krisenlösung zu formulieren und Alternativen zum Kapitalismus deutlich spürbar in die Diskussion zu werfen:

- *Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums statt Verzichtslogik!*
- *Gesellschaftliche Infrastruktur und soziale Sicherheit garantieren!*
- *Statt Verstaatlichung: Vergesellschaftung von Banken und Unternehmen !*

Die neoliberale Transformation des Staates hat auch zu einem autoritären Kapitalismus und einer schleichenden Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie geführt. Der aktuelle Ruf nach einem starken Staat ohne eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und eine Stärkung gesellschaftlicher Gegen-Macht und Selbstorganisation kann diese Entwicklung verschärfen. Dagegen setzen wir auf eine Stärkung der *gesellschaftlichen* Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion - es gilt die **Eigentumsfrage** neu zu stellen. Verstaatlichung von Banken und Konzernen alleine bedeutet unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen keine Alternative zur Profitmaximierung und Wachstumszwang. Themen wie Vergesellschaftung, transnationale Wirtschaftsdemokratie und Demokratisierung der Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von den Linken auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dazu sind Formen gesellschaftlicher Gegenmacht notwendig: Anknüpfungspunkte stellen Diskussionen um *politische Streiks* und sozialen *Ungehorsam* dar, die wir in der Mobilisierung aufgreifen wollen.

Ausrichtung der Demo

Ziel ist zu verdeutlichen, dass der Kapitalismus die Krise ist und die ungelösten Krisen des globalen Kapitalismus zu Ansatzpunkten zu machen: Klima- und ökologische Krisen, imperiale Kriege als Folge von kapitalistischer Konkurrenz und als Krisen'lösung' im Kriegskeynesianismus, Hungerkrisen im globalen Süden, Armut und soziale Unsicherheit für große Teile der Menschheit. Auch ein „new new deal“ kann Armut nicht global beseitigen und den Klimawandel stoppen. Jede politische Regulierung kann diese Krisen nur bearbeiten, ihre Lasten und Folgen verschieben und dadurch neue Widersprüche erzeugen – oder sie stößt an die Grenzen des Zwangs zur Kapitalmehrung.

Um die Kritik am Kapitalismus gesellschaftlich wirkmächtig werden zu lassen, gilt es die Gegenüberstellung von konkreten Reformen und antikapitalistischen Perspektiven

zu überwinden und zugleich deutlich über eine ausschließliche Kritik am Neoliberalismus und Forderungen nach Stärkung des Staates hinauszugehen.

Für eine gesellschaftliche Offensive der Linken

Ziel muss es sein, auch über die Demonstration hinaus handlungsfähig zu bleiben. Dies kann geschehen durch den Aufbau von lokalen Bündnissen, die versuchen die Verbindung der Themen auf der Demo mit Auseinandersetzungen und Aktionen vor Ort (gegen Privatisierung, Prekarisierung) zu verknüpfen. Auch im Hinblick auf die Bundestagswahl können Alternativen für solidarische soziale Sicherheit und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums als eine linke gesellschaftliche Opposition sichtbar gemacht werden (z.B. in Form eines dezentralen ‚Tag des sozialen Ungehorsams‘). Darin könnten weitergehende Perspektiven wie Globale Soziale Rechte und Wirtschaftsdemokratie mit konkreten Forderungen verbunden werden. Zentral ist für uns der Versuch, soziale Kämpfe vor Ort zu unterstützen und mit weiterreichenden gesellschaftlichen Perspektiven zu verbinden: Arbeitskämpfe gegen Prekarisierung und Lohnverzicht als Krisenfolgen, Proteste von Erwerbslosen, die geplanten Schul- und Uniproteste.

Vorschläge zur Mobilisierung:

- Bildung einer Mobilisierungs-AG und einer Aufruf-AG mit VertreterInnen aus den unterschiedlichen Spektren/Gruppen
- Die bundesweite Mobilisierung sollte nach Möglichkeit lokal/regional getragen werden sowie sich über die anzustrebende Breite des Bündnisses organisieren: Versuchen lokale Zusammenhänge und Bündnisse einzubeziehen und zu gründen, Mobilisierung je nach Zielgruppe und Verankerung aufteilen.
- Über die linken Spektren hinaus gesellschaftlich mobilisieren: Massenzeitung; Aufruf von bekannteren linken KünstlerInnen und Intellektuellen zur Demonstration mit dem Ziel die Diskussion über Alternativen zum Kapitalismus öffentlich sichtbar zu machen und zu verbreitern.
- Verknüpfung der Demo-Mobilisierung mit lokalen Auseinandersetzungen (um Privatisierung, Tarifkämpfe, Betriebsschließungen; Erwerbslosenproteste u.a.) sowie Mobilisierung vor Arbeitsagenturen/Jobcenter, Tafeln und Betrieben.
- Veranstaltungsreihe zu Alternativen: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung – Solidarische soziale Sicherheit und Globale Soziale Rechte – Politischer Streik und gesellschaftlicher Ungehorsam – demokratische Planwirtschaft
- Verknüpfung mit bestehenden Mobilisierungen zu einer ‚Mobilisierungskette‘: z.B. Luxemburg-Liebknecht-Demo (Januar in Berlin), Attac-Kongress zu Kapitalismus (März in Berlin), Anti-Nato-Proteste
- Aufbau von Medienpartnerschaften (ND, junge welt, Freitag, ...)

Gruppe Soziale Kämpfe (Berlin)

www.gruppe-soziale-kaempfe.org

info@gruppe-soziale-kaempfe.org